

können, fehlt Terroristen dieser Glaube. Hinsichtlich terroristischer Gewalttäter wurde dem Verfasser während seiner Aufenthalte zwischen 1989 und 1992 in Belfasts IRA-Hochburg Falls District erklärt, dass Mutlosigkeit und Verzweiflung für IRA-Terroristen eine wichtige Motivation für ihre Bombenanschläge seien: Nach jahrhundertelanger Unterdrückung durch Briten und Protestanten glaubten sie einfach nicht daran, mit Demonstrationen, Diskussionen und Sitzblockaden zu ihren Lebzeiten etwas verändern zu können. Ähnlich wird in anderen Kontexten ein Zusammenhang zwischen Terror und Armut bestehen, entweder direkt durch jene, die nichts zu verlieren haben, oder durch jene hochintelligenten, ressourcenreichen und motivierten Täter, die ernsthaft glauben, auf diese Weise Sachwalter der Armen sein zu können. Dies gilt in gleicher Weise für das aktuelle Phänomen der Piraterie, welche ‚zufällig‘ dort auftritt, wo ebenfalls illegale Migration stattfindet.<sup>378</sup> Terror und Piraterie wird man mit militärischen und polizeilichen Mitteln allein nicht bekämpfen können. Terror wird man vor allem nicht besiegen können, wenn man Jagd auf ‚Illegale‘ macht. Zwar wird man beides auch durch die Bekämpfung von Armut nicht sofort beseitigen können – dazu sind ihre Repräsentanten als inspirierende Rollenvorbilder unter den Jugendlichen zu tief verankert und zu populär.<sup>379</sup> Darüber hinaus wird es stets Fanatiker und beeinflussbare Wirtköpfe geben wie auch die Terrorisierung und Instrumentalisierung ganzer Bevölkerungsgruppen. Wohl aber verringert man durch Armutsbekämpfung graduell die Rechtfertigungsmöglichkeiten und Legitimation terroristischen Handelns und damit das Rekrutierungspotenzial und die Einbettungs- und Rückzugsmöglichkeiten der Terroristen, die Ermittlung und Verfolgung bislang so sehr erschweren.

### **3.7. Ausblick vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise**

Wie wird die globale Wirtschaftskrise das Migrationsgeschehen beeinflussen? In Kapitel 3.3.4.2. wurde bereits auf der Grundlage von Literatur, die vor Ausbruch der derzeitigen Krise publiziert wurde, darauf verwiesen, dass innerhalb der neoliberalen Weltordnung die bisherigen Trends zu Armutszunahme und -verfestigung sowie zum Verfall sozialer Kohäsion anhalten werden. Diese Tendenzen dürften durch die sich seit Herbst 2008 verschärfende Finanz- und Wirtschaftskrise deutlich zunehmen, da die Welt offensichtlich nicht nur vor einem finanziellen, sondern auch vor einem wirtschaftlichen und sozialen Jahrhunderteinbruch steht. Selbst wenn die schlimmsten Probleme innerhalb des globalen Finanzsystems ‚geflickt‘ werden können (vgl. Kapitel 3.3.1.4.), werden die Folgeschäden erst allmählich auf die Gesellschaft durchschlagen. Dabei werden die armen Staaten wesentlich stärker von den Folgen der Krise getroffen als die reichen Staaten, die mehr Mittel zu antizyklischen Maßnahmen zur Verfügung haben. Einige Beispiele:

- Während beim ‚Exportweltmeister‘ Deutschland die Einbrüche im Außenhandel noch unter 30 Prozent liegen, müssen afrikanische Staaten ihre Exporterwartungen um bis zu 40 Prozent nach unten korrigieren. Die Finanzminister und Zentralbankvorsitzenden der afrikanischen Staaten betonten in ihrer Stellungnahme zur G20-Tagung in London (April 2009), dass den afrikanischen Ländern allein im Bereich der wegbrechenden Exporte Einnahmeverluste von 251 Milliarden US-Dollar (für 2009) und 277 Milliarden US-Dollar (für 2010) entstehen.<sup>380</sup>
- Ausländische Direktinvestitionen fielen 2008 im Vergleich zu 2007 um 50 Prozent, ein weiterer Einbruch um 50 Prozent im Jahr 2009 wird angenommen (UN Report 2009: 5).
- 2009 werden für die Entwicklungsländer vier Billionen US-Dollar öffentliche und private Schulden fällig – es ist unklar, wie diese beglichen werden können (UN Report 2009: 5f.).
- Rohstoffpreise stürzten in den Keller und damit die Einnahmen vieler Länder: Ölpreise sanken um 70 Prozent, Metalle um 50 Prozent, ohne dass im Juni 2009 eine Trendwende absehbar wäre (UN Report 2009: 7).
- Der Tourismus brach ein, neben wirtschaftlichen Gründen spielte auch die Schweinegrippe eine Rolle. In einem Land wie Thailand bedeuten drei Millionen Touristen weniger 4,5 Prozent des BIP.<sup>381</sup>
- Lebensmittelpreise hingegen sanken leicht, liegen aber immer noch 27 Prozent über dem Niveau von 2005 und 64 Prozent über dem Niveau von 2000 (UN Report 2009: 11).
- All Wirtschaftskrisen vor der jetzigen hatten eine negative Auswirkung auf die Höhe der Entwicklungshilfe. Es ist nicht anzunehmen, dass es in dieser Krise anders sein wird (UN Report 2009: 8f.)

Nimmt man die Erkenntnisse zum Maßstab, die man anhand anderer Finanz- und Wirtschaftskrisen gewinnen konnte, so ist von einer deutlich verstärkten Zunahme von Armut, Elend und Exklusion auszugehen:

„Zur strukturellen Dauerhaftigkeit der Armut in allen Regionen der Welt kommt noch die plötzliche Verursachung von Armut durch Wirtschaftskrisen hinzu, die mit den Schwankungen der globalen Finanzmärkte in Verbindung stehen. So stieß die Asienkrise 1997-1998 in Indonesien zusätzlich 40 Millionen Menschen in die Armut und brachte in Korea 5,5 sowie in Thailand 6,7 Millionen unter die Armutsgrenze. Es ist zwar möglich, dass sich die Märkte und der Export relativ schnell erholen, und das ist nach etwa zwei Jahren in den meisten der von der Krise von 1997 bis 1998 betroffenen Volkswirtschaften auch der Fall; doch sind Beschäftigung, Einkommen und Sozialleistungen für eine weit längere Periode betroffen. Eine Analyse von mehr als 300 Wirtschaftskrisen in mehr als 80 Ländern seit 1973 hat gezeigt, dass die Produktion nach durchschnittlich etwa einem Jahr das Niveau vor der Krise wieder erreicht hatte. Aber der Reallohnzuwachs brauchte etwa vier Jahre, um sich zu erholen, und die Beschäftigungszunahme fünf Jahre. Die Einkommensverteilung verschlechterte sich durchschnittlich für drei Jahre und verbesserte sich bis zum fünften Jahr auf den Stand vor der Krise. Und diese Zahlen sind davon abhängig, dass es während dieser Zeit von 3-5 Jahren nicht zu einer weiteren Krise kommt.“<sup>382</sup>

Die Aussichten sind also düster, umso mehr, als bisher keine einschneidenden, glaubhaften und nachhaltig wirkenden Reformen des neoliberalen Wirtschaftssystems erkennbar sind (vgl. Kapitel 3.3.1.4.). Was nun konkret die Prognosen für Trends im legalen und illegalen Migrationsgeschehen betrifft, so sind diese schwer vorherzusagen, weil es eine Krise dieses Ausmaßes noch nicht gegeben hat und es noch zu wenig Daten gibt. Es wird vor allem von zwei Fragen abhängen: Wird die Krise Migranten dazu bewegen oder zwingen, in ihre Herkunftsländer zurückzukehren, und wird sie neue Migranten davon abhalten, ihre Heimat zu verlassen? (vgl. auch IOM 2009).

Hinsichtlich einer Rückkehrbereitschaft gibt es sicher einen Unterschied zwischen legalen und ‚illegalen‘ Migranten, zumal erstere nach einem Wiederanziehen der Konjunktur relativ einfach wieder an ihre Arbeitsplätze in den Industrieländer zurückkehren können. Dies gilt insbesondere dort, wo kurze Entfernungen zu überbrücken sind, wie etwa zwischen Deutschland und Osteuropa oder den USA und Mexiko. Allerdings stellen Forschungen zu früheren (wenngleich im Umfang nicht vergleichbaren) Krisen fest, dass bei der Rückkehrbereitschaft von Migranten eher die Arbeitsmarktsituation im Herkunftsland als im Migrationszielland maßgeblich ist, ebenso das Vorhandensein von Wiedereinreisemöglichkeiten nach Konjunkturerholung (vgl. Papademetriou/Terrazas 2009: 21). Dass der erste Punkt zutrifft, konnte auch im deutschen Kontext beobachtet werden, da im Berlin des Jahres 2006 wesentlich weniger ‚illegale‘ Ukrainer anzutreffen waren als in den Jahren zuvor (vgl. Kapitel 5.4.6.). Der zweite Punkt, die Wiedereinreisemöglichkeit zu einem späteren Zeitpunkt, besteht vielleicht für legale Migranten, keinesfalls aber für ‚Illegale‘. Da aber ‚Illegale‘ oft auf Migrationsschulden sitzen *und* unter den gegenwärtigen Bedingungen keine Aussicht auf einen Job im Herkunftsland haben, dürfte sich deren Rückkehrbereitschaft und -fähigkeit sehr in Grenzen halten: Sie sind gezwungen, so lange wie möglich im Zielland auszuharren, bevor sie eine Rückkehr in Betracht ziehen können; sie sind gefangen in der Migrationsfalle (*Migration Trap*).<sup>383</sup> Für die ‚Illegalen‘ auf dem Arbeitsmarkt spricht jedoch – im Gegensatz zu einheimischen oder legalen ausländischen Arbeitskräften – deren Flexibilität, nicht nur im Fall erforderlicher Ortswechsel, sondern auch bei dem Wechsel von Berufssparten. So haben sie keine Probleme damit, bei einer Krise in der Bauindustrie einen Job in der Landwirtschaft anzunehmen (vgl. Papademetriou/Terrazas 2009). Andererseits zeigen frühere Beobachtungen des Verfassers, dass ‚Illegale‘ gerade im Baubereich auch während Krisenzeiten weiterbeschäftigt werden: Geht es den Arbeitgeber doch darum, potenziellen Auftraggebern kostengünstige Angebote vorlegen zu können, um überhaupt im Geschäft zu bleiben. Vor diesem Hintergrund werden die teuren Stammarbeiter eher entlassen als gut arbeitende ‚Illegale‘. Dennoch wird es auch bei den Remissen der ‚Illegalen‘ zu deutlichen Einbrüchen kommen. Etwa, weil seitens der Arbeitgeber auch hier versucht werden wird, die Löhne zu drücken, Lohnauszahlungen zu verzögern bzw. Leute zu entlassen. Oder, seitens der ‚Illegalen‘, weil diese sich gegenseitig, aufgrund der Überkapazität ihrer Arbeitskraft, einander Konkurrenz machen und so ihre Löhne gegenseitig drücken (vgl. Alt 2003: 113ff.). Völlig offen ist, wie sich angesichts des zu

erwartenden Ausmaßes von Rezession, Arbeitslosigkeit und sozialen Spannungen ausländerfeindliche und rassistische Vorfälle, die stets in solchen Zeiten zunehmen, auf das Verhalten von Migranten oder auf die staatliche Symbolpolitik, etwa durch Zunahme von Razzien und Abschiebungswellen, auswirken werden. Wie auch immer: Ende Juni 2009 hatte der Verfasser nicht erfahren, dass einer der Mayas aus Belize, die im Zentrum der empirischen Datenerhebung zu diesem Buch standen, Los Angeles in Richtung Toledo District verlassen hat.

Der zweite zur Beurteilung wichtige Trend betrifft die Frage, wie sich die gegenwärtige Krise auf die Bereitschaft zum Verlassen des Herkunftslandes auswirken wird. Zunächst gilt, dass es zum einen für Migranten schwieriger werden wird, in ihren Herkunftsländern die nötigen Ressourcen zur Emigration zu organisieren, zum anderen wird es für sie schwieriger denn je, im Zielland einen gut bezahlten Job zu finden. Vor dem Hintergrund der drastischen Verschlechterung der Situation in vielen Herkunftsländern ist aber anzunehmen, dass die Migrationsbereitschaft mittel- und langfristig kaum abnehmen wird. Und selbst wenn potenzielle Migranten über Internet, Aufklärungskampagnen oder Verwandte von der schwierigen Situation in den Zielländern informiert werden, kann angenommen werden, dass diese Informationen kaum ‚abschreckende‘ Wirkung haben werden. Interviews aus früheren Studien zeigten, dass potenzielle Migranten Informationen, die ihr Vorhaben als riskant und fragwürdig erscheinen lassen, selten Glauben schenken. Man glaubt, was man glauben will und unterstellt jedem, der eine warnende und mahnende Position vertritt, die Absicht, einem den Kuchen vorenthalten zu wollen, den man bei ihm vermutet.<sup>384</sup> Entsprechend ist zu befürchten, dass viel zu viele sich dennoch auf Versprechungen und Verschuldung einlassen und sich auf den Weg machen werden. Dies konnte zumindest im Sommer 2008 noch im Toledo District festgestellt werden: Obwohl Verwandte und Geschwister aus den USA berichteten, dass sich dort die Beschäftigungssituation drastisch verschlechtern würde, wollten sich weitere Männer auf den Weg nach *El Norte* machen in der Hoffnung, dass sie schon Glück haben werden. Sie begründeten dies damit, dass die Angehörigen dieser Emigranten doch immer noch Geld erhielten. Wohl wahr, sie hatten aber natürlich keine Vorstellungen davon, unter welchen harten Bedingungen dieses Geld zusammengespart wurde.

Die IOM (2009) jedenfalls wagt die Prognose (die der Verfasser teilt), dass die illegale Zuwanderung in die reichen Länder vielleicht kurzfristig zurückgeht, mittelfristig aber mit einem Anstieg zu rechnen ist. Auch die IOM begründet dies mit einer Verschlechterung der Situation in den Herkunftsländern, die von der Krise wesentlich härter getroffen wurden als die Industrieländer. Seitens des Verfassers wird ergänzt, dass auch und gerade wegen der gegenwärtigen Wirtschaftskrise private und gewerbliche Arbeitgeber in den Industrieländern mehr denn je durch die Beschäftigung von ‚Illegalen‘ Geld sparen wollen. Entsprechend wird ein Angebot von bzw. eine Nachfrage nach ‚illegalen‘, billigen und willigen Arbeitern bestehen bleiben und der ‚Markt‘ und die darin tätigen Akteure werden auch weiterhin Angebot und Nachfrage zusammenbringen.

Beim Abschluss der Arbeiten an diesem Buch waren empirische Trends immer noch widersprüchlich: Ende März starben im Mittelmeer Hunderte ‚illegaler‘ Migranten beim Versuch, von Afrika nach Italien zu gelangen. Die Medien fragten: „Warum gerade jetzt bei sehr widrigen Witterungsbedingungen sehr oft ein noch höheres Risiko eingegangen wird, ist nur schwer erklärbar.“ Und die Zeitung fährt fort: „Von Experten wird schon seit Längerem damit gerechnet, dass mit der weltweiten Wirtschaftskrise die Zahl der Flüchtlinge aus den Notgebieten generell ansteigen wird.“<sup>385</sup> Mitte Mai jedoch kam in derselben Zeitung der Bericht „Wegen Rezession weniger Illegale“, der darauf verwies, dass „die Zahl der afrikanischen Flüchtlinge auf den Kanarischen Inseln wegen der Wirtschaftskrise in Spanien stark gesunken [ist]. Seit sechs Wochen sei kein Boot mit illegalen Migranten mehr vor dem Archipel gesichtet worden ... Einen solchen Rückgang habe es seit zehn Jahren nicht mehr gegeben.“<sup>386</sup>

Alle Daten in Kapitel 3 bestärken jedoch die mittel- und langfristige Prognose, dass sich im Zuge der Krise, gemessen am Entwicklungsstand und Wohlstand, der Abstand zwischen den armen Ländern und anderen Weltregionen weiter vergrößern wird. Dadurch werden Armut und Emigrationsbereitschaft zunehmen. Dies gilt insbesondere für die afrikanischen Staaten südlich der Sahara (vgl. Kohnert 2008: 17).